



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

14. JAHRGANG • NR. 91

Juli 2015

OB-WAHL AM 13. SEPTEMBER

- 2 Gastbeitrag: „Meine Ziele für Köln“
Von Jochen Ott, OB-Kandidat der KölnSPD
- 3 Vorgestellt: Jochen Ott
- 3 SPD-Bürgerempfang mit Martin Schulz und
Jochen Ott am 6. September in Brück
- 4 Prominente Unterstützung für Jochen Ott



WAHLKREIS

- 5 Wanderung durch die Wahner Heide
- 5 Wahlkreis-Besuchergruppe in Berlin
- 6 Erfahrungsbericht einer Porzer Schülerin: in
den USA mit einem Bundestagsprogramm
- 7 Neue Leitung des DLR in Porz

KÖLN

- 8 Bundesförderung für Bahnhof Belvedere
und Millowitsch Theater
- 9 „Fraktion vor Ort“ mit Barbara Hendricks
- 9 Diskussion mit Manuela Schwesig

BUNDESTAG

- 10 Reform der Medienordnung: Fachdialog
„Kartellrecht und Vielfaltsicherung“
- 12 Milliardenbetrag für Breitbandausbau
- 12 Phoenix erhält mehr Programmmittel
- 13 Neue Angebote der Deutschen Welle
- 14 Berliner Schloss – Humboldt-Forum
- 16 Debatte um Sterbebegleitung
- 18 Vorratsdatenspeicherung
- 19 Finanzielle Entlastung von Familien
- 20 Flüchtlingspolitik
- 21 Reform des Bleiberechts
- 22 Gesagt. Getan. Gerecht!
Zwischenbilanz der SPD-Fraktion

STANDPUNKT

- 23 Reformen und Solidarität für nachhaltige
Lösungen in Griechenland

INFOS UND IMPRESSUM

- 24 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum,
Sitzungswochen 2015

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 8.7.2015

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Meine Ziele für Köln

Im September stelle ich mich den Kölnerinnen und Kölner zur Wahl. Ein neuer Oberbürgermeister wird gewählt, es geht um eine Richtungsentscheidung. Wie soll die Stadt in den nächsten fünf oder mehr Jahren regiert werden? Welchen Herausforderungen muss sich der neue Oberbürgermeister stellen? Soll endlich angepackt oder nur moderiert werden? Hier erfahren Sie mehr über mich und meine Vorstellungen für eine moderne Metropole mit Herz.

Am 13. September 2015 ist Wahl und Sie entscheiden, wie es mit unserer Stadt weitergeht. Ich kandidiere als Oberbürgermeister für Köln, denn ich möchte hier etwas für die Menschen bewegen. Ich lebe seit 41 Jahren in Köln und liebe diese Stadt.

Ich stamme selbst von der Schäl Sick, bin in Porz geboren und in Höhenberg aufgewachsen. Seit fünf Jahren mache ich mich im Landtag als Abgeordneter für Porz stark und kenne die Herausforderungen hier im Rechtsrheinischen sehr gut.

Durch meine lange kommunalpolitische Arbeit als Parteivorsitzender habe ich gelernt, wie vielfältig Köln ist. Wir brauchen deshalb eine Politik für die ganze Stadt. Ich bin fest davon überzeugt, dass ich Köln mit neuen Ideen noch weiter nach vorne bringen kann. Ich stehe für eine Politik mit Profil! Ich will ein Oberbürgermeister für ganz Köln sein und will auch denen eine Stimme geben, die sich nicht lautstark äußern können.

Mir ist besonders wichtig, dass Familien hier in Köln gute Chancen haben. Darum mache ich mich stark für ein familiäres Köln. Ich bin selbst Familienvater mit drei kleinen Töchtern und weiß, wo Familien der Schuh drückt. Kinder groß zu ziehen und gleichzeitig beruflich erfolgreich zu sein, ist eine echte Herausforderung. Unsere Stadt soll Familien entlasten, sodass Eltern und Kinder mehr Zeit miteinander verbringen können.



Ich will mich stark machen, für ein soziales Köln. Jedes Veedel soll die Unterstützung erhalten, die es braucht, um sich vor Ort zu verbessern. Das gilt sowohl für die Teile Kölns, in denen die Menschen konkrete Sozialleistungen brauchen, als

auch für Veedel in denen es den Menschen heute schon gut geht. Daher will ich, dass unsere Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in jedem Veedel plant, wie es weitergehen soll.

Köln ist beliebt und es werden viele

neue Einwohner von außerhalb hierherziehen. Deshalb will ich mich stark machen für das wachsende Köln. Wir brauchen neue Wohnungen, damit die Mieten nicht noch weiter steigen. Ich werde darauf achten, dass auch beim Bau neuer Wohnungen die soziale Mischung in unseren Veedeln erhalten bleibt. Unsere Wirtschaft boomt, es geht voran. Neue Arbeitsplätze müssen aber auch gute Löhne mit sich bringen.

Auf der Schäl Sick ist es gerade durch die Lage am Rhein wunderschön. Damit Porz und Kalk und die Veedel hier endlich die Bedeutung bekommen, die sie verdienen, werde ich mich als Oberbürgermeister dafür einsetzen, die Neue Mitte in Porz durch den Abriss der Hertie-Ruine aufzuwerten und dafür sorgen, dass es in Kalk endlich vorangeht.

Ich pack' das an!

Ihr Jochen Ott.

Vorgestellt: Jochen Ott

Biografisches und Politisches

▪ Werdegang

Am 9. Mai 1974 wurde **Jochen Ott** in Köln-Porz geboren.

Wegen seines großen Interesses an Politik trat Jochen Ott noch vor seinem Abitur 1992 in die SPD ein. 1994 begann er sein Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Während seines Studiums war Ott zudem Ortsvereinsvorsitzender in Köln-Höhenberg so wie anschließend ein Jahr lang Stadtbezirkvorsitzender in Köln-Kalk.

2001 wurde Jochen Ott mit nur 26 Jahren der jüngste Vorsitzende der Kölner SPD.

Nach seinem 2. Staatsexamen nahm Ott 2002 die Lehrtätigkeit an der Gesamtschule Brühl auf, wo er bis zu seiner Wahl in den Landtag NRW bis zum Jahre 2010 tätig war.

Jochen Ott ist verheiratet und Vater von drei Töchtern.

▪ Beruf

- 2002 bis 2010: Lehrer an der Gesamtschule Brühl
- seit 2010: Oberstudienrat a. D.

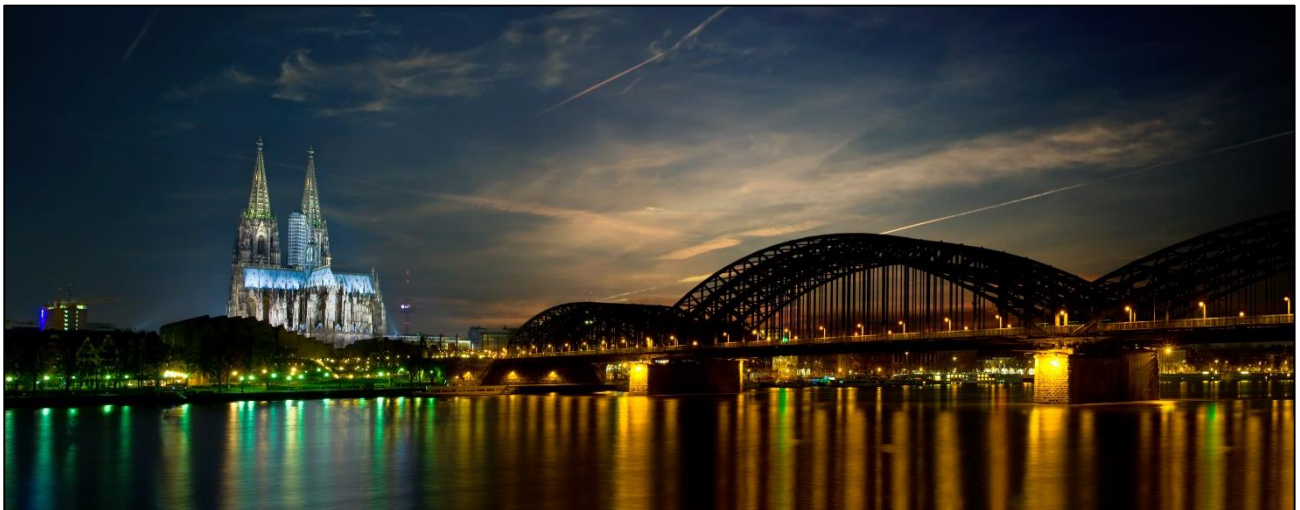
▪ Politik

- Seit 2001: Vorsitzender der KölnSPD
- Seit 2008: Mitglied im Landesvorstand und stellv. Vorsitzender der NRW SPD
- Seit 2010: Abgeordneter im Landtag NRW
- Seit 2012: Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

▪ Online

www.jochen-ott.de

www.facebook.com/jochen.ott.koeln



Bürgerempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk

Redner:

Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

und

Jochen Ott, MdL

OB-Kandidat

Sonntag, 6. September 2015, 11:00 Uhr

Brauhaus „EM HÄHNCHEN“,
Olpener Str. 873, 51109 Köln-Brück



Prominente Unterstützung für Jochen Ott

Zur Nominierungskonferenz der KölnSPD kam Martin Schulz als Gastredner

Am 31. Mai trafen sich die Delegierten der Kölner SPD-Ortsvereine an einem besonderen Ort, mitten im HöVi-Land der katholischen Kirchengemeinde St. Theodor und St. Elisabeth in Höhenberg und Vingst, um den Oberbürgermeisterkandidaten der Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nun auch offiziell kommunalwahlrechtlich aufzustellen.



Jochen Ott, Vorsitzender der KölnSPD, betonte in seiner Rede, was zur Wahl steht: „Es geht um die Zukunft dieser Stadt. Jetzt muss regiert statt moderiert werden, jetzt muss gestaltet statt verwaltet werden, jetzt ist es Zeit zu handeln statt zu lavieren! Ich habe eine Haltung zu den Dingen und ich ergreife Partei – für die Menschen und für diese Stadt! Ich will die Menschen in Köln begeistern und mit Leidenschaft mitnehmen.“



Die Delegierten wählten Jochen Ott im anschließenden, formalen Wahlgang mit 97% der Stimmen zum Oberbürgermeisterkandidaten. Ott zeigte sich beeindruckt von der Geschlossenheit seiner Partei: „Ein tolles Ergebnis. Es ist schön, wieder im HöVi-Land zu sein. Hier habe ich geheiratet, meine Kinder sind hier getauft worden. Ich durfte hier zusammen mit vielen engagierten Jugendlichen viele Jahre Jugendarbeit in der KJG gestalten. Hier habe ich gelernt, worauf es in der Veedelsentwicklung ankommt.“

Unterstützt wurde Ott von **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlamentes, sowie Hausherr und CDU-Mitglied Pfarrer **Franz Meurer**. Beide bestärk-

ten Ott in seiner Kandidatur und Schulz erinnerte daran, wofür Köln steht und um was es im September geht.



Er rief dem Publikum die Werte in Erinnerung, die in der rheinischen Metropole geschätzt werden: „Köln ist ein Gefühl! Diese Stadt steht für Toleranz, Respekt, Solidarität, Integration und auch wirtschaftlichen Erfolg! Köln braucht einen Oberbürgermeister, der entscheidet, anpackt, die Dinge voranbringt und dabei niemals vergisst, wo er herkommt. Dafür steht Jochen Ott!“



Bei bester Laune, Kölsch, Kaffee und Würstchen feierten die rund 300 Gäste beim anschließenden Familienfest. Zur tollen Stimmung trugen auch besonders die kulturellen Beiträge des Kabarettisten **Fatih Çevikkollu** sowie das Musiktrio **Stephan Brings** mit Schwester **Maria** und Sohn **Simon**, die mit einem Potpourri ihres Repertoires den Gästen einheizten.



Traditionelle Wanderung durch die Wahner Heide

Mit Jürgen Schumann durch die Nordheide über den Rennweg

Zum mittlerweile achten Mal lud **Martin Dörmann** zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Dabei wurde er wie immer begleitet vom Journalisten **Jürgen Schumann**, einem ausgewiesenen Heidekenner und Dokumentarfilmer.

Mitte Juni schlossen sich wieder zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Wanderung an. Diesmal ging es in die Nordheide rund um den Rennweg. Während der Wanderung erläuterte Jürgen Schumann die Natur und so manche historischen Hintergründe.



Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin



Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Ende Juni wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Bei der spannenden Diskussion mit dem Abgeordneten im SPD-Fraktionssaal ging es um Abstimmungsverhalten im Bundestag, Griechenland und sozialdemokratische Projekte über den Koalitionsvertrag hinaus.



Erfahrungsbericht der Porzer Schülerin Barbara Delfs

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Es ist ein gemeinsames Programm mit dem US-Kongress unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten und soll den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und den USA fördern. Einige Abgeordnete bekommen die Möglichkeit, die Stipendiaten aus Bewerbungen in ihrem Wahlkreis zu bestimmen. Martin Dörmann vergab 2014 das begehrte Stipendium an die damals 16-jährige Porzerin Barbara Delfs, die an dieser Stelle über ihre Erfahrungen berichtet:

„Ich kann ja nicht vom restlichen Teil der USA sprechen, aber Oklahoma ist etwas Besonderes, in jeder Hinsicht. Insbesondere für mich, da ich ja eher in der Stadt aufgewachsen bin. Ich lebte in Oklahoma einer klitzekleinen Stadt, die etwa 2000 Einwohner hat, auf dem Land, das mit Wüstensand und kargen Grasbüscheln umgeben war. Es gab nicht einmal einen Computeranschluss im Haus. Ich war also ziemlich von der Welt abgeschnitten. Die Post wurde alle zwei Wochen abgeholt/verteilt.

Mein Haus war ein „mobile home“, ein flaches Haus, das normalerweise von außen nicht besonders bewohnbar aussieht, aber gemütlich eingerichtet ist. An den Wochentagen stand ich vor Sonnenaufgang auf und fütterte die Nachbarskühe. Es gab nur zwei Nachbarn, der nächste Nachbar wohnte ca. eine Meile (1,6 km) entfernt.

Zu Beginn war es sehr schwierig für mich, mit den neuen Lebensumständen zurechtzukommen. Sich damit abzufinden, ab sofort nicht mehr unabhängig mobil zu sein, sondern ständig jemanden fragen zu müssen, ob man mich fahren kann. Oder sich an die Klimaanlage im Haus zu gewöhnen, die das Haus auf 15 Grad Celsius konstant hält. Oder einfach damit klarzukommen, dass die Hauptmahlzeit ab sofort aus Hühnchen besteht. Zum Glück hat mich meine Gastfamilie liebevoll aufgenommen und mir somit das Anpassen und Einleben um einiges erleichtert.

Meine Gastmutter war gerade mal 21 Jahre alt und ist eher wie eine große Schwester für mich geworden als eine Mutter. Mein Gastvater war 26 und übernahm auch eher die 'große Bruder'-Rolle. Er hat eine dreijährige Tochter, die alle zwei Wochen für ein Wochenende kam und zu der ich eine sehr gute Beziehung hatte. Ich besuchte die 11. Klasse der örtlichen High School, hatte sehr gute Noten, sang im Chor, war im Art Club, engagierte mich in FCCLA (family consumer and community leaders of America) und war außerdem Cheerleader während der Football- und Basketballsaison.

Neben den anfänglichen Herausforderungen hatte ich eigentlich kaum Schwierigkeiten, mit dem Leben in Oklahoma zurechtzukommen. Die größte Herausforderung für mich war wahrscheinlich im Januar, als sich meine Gasteltern getrennt haben und ich mit meiner Gastmutter in einen anderen Teil von Oklahoma weggezogen bin. So bin ich also mit umgezogen mit allem was dazugehört: Neue Schule, neue Umgebung, neue Freunde, neues Haus und sogar ein neuer Gastvater und Gastgeschwister. Doch wie das Leben so spielt, hat meine Gastmutter es geschafft ihre Ehe zu retten und wieder mit meinem alten Gastvater

zusammen zu kommen. Und so war alles wieder alles beim Alten.

Ich sehe diese 'Auszeit' als eine Erfahrung, die mich auf jeden Fall bereichert hat. Ich hatte gemischte Gefühle, als meine Zeit in den USA zu Ende ging. Natürlich tat es gut zu wissen, dass ich nun wieder mobil bin, Bahn fahren kann und einfach besser rumkomme. Dass ich meine Familie wieder habe und meine alten Freunde.

Doch zu wissen, dass ich in Oklahoma ein komplettes Leben zurückgelassen habe, von dem ich weiß, dass ich es nie wieder so leben werde, tut schon weh. Vor allem, weil ich so wunderbare Menschen zurücklasse. Menschen, die mich verändert haben, die mir gezeigt haben, worum es wirklich geht. Ich habe herausgefunden, was mir wichtig ist und welche Prioritäten ich für mich persönlich habe. Ich habe gelernt mich anzupassen und flexibel zu sein und 'Outside of the box' zu denken. Und auf jeden Fall bin ich viel selbstständiger, praktischer und erwachsener geworden.

Ich werde häufig gefragt, was das beste Erlebnis für mich war, und ehrlich gesagt kann ich darauf keine genaue Antwort geben. Ich habe so viele neue Eindrücke gewonnen und Dinge erlebt, die mich verändert haben. Natürlich gab es Hochs und Tiefs, gute Zeiten und eher nicht so gute Zeiten. Doch alles in allem blicke ich auf eine aufregende und unvergessliche Zeit zurück mit Erfahrungen, die mich ein Leben lang begleiten werden. Es ist eindeutig die beste Zeit, die ich bisher je hatte und ich bin dankbar für jeden einzelnen Moment, den ich erleben durfte.“



Martin Dörmann mit Barbara Delfs und dem Poller Feinmechaniker Cedric Wolff, der sein PPP-Jahr in den USA im August beginnt

→ **Die Bewerbungsphase für das aktuelle Stipendiaten-Programm 2016/2017 läuft noch bis zum 11. September 2015. Weitere Informationen zur Bewerbung unter: www.bundestag.de/ppp**

Prof. Dr. Pascale Ehrenfreud folgt auf Prof. Johann-Dietrich Wörner

Beim „Porzer Picknick“, dem traditionellen Sommerfest des DLR, gab es am 23. Juni einen emotionalen Abschied von **Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner**. Er hat in den vergangenen acht Jahren die führende deutsche und europäische Großforschungseinrichtung geleitet und tritt am 1. Juli seine neue Aufgabe als Generaldirektor der Europäischen Raumfahrtagentur ESA in Paris an.

Prof. Dr. Wörner war acht Jahre lang Vorstandsvorsitzender beim DLR e. V. Bei der ESA folgt er auf den Franzosen **Jean-Jacques Dordain**, der das Amt des Generaldirektors seit 2003 ausgeübt hat. Mit ihm übernimmt zum zweiten Mal ein Deutscher diese Position.

Staatssekretär **Matthias Machnig** würdigte die enormen Verdienste Wörners und begrüßte als Senatsvorsitzender des DLR die Österreicherin **Pascale Ehrenfreud**, welche vom Senat des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) bereits am 18. Juni zur neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt wurde. Die derzeitige Präsidentin des österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) ist eine erfolgreiche Astrobiologin und Kennerin der Raumfahrtpolitik mit hoher internationaler Erfahrung. Zu den zahlreichen Ehrengästen des Abends zählte auch Deutschlands ISS-Astronaut **Alexander Gerst**.

Martin Dörmann lobte als langjähriger Wahlkreisabgeordneter die besonders vertrauensvolle Zusam-

menarbeit mit Prof. Wörner: „Auf sein Wort ist immer Verlass. Mit seiner offenen Art kann er Menschen für gemeinsame Ziele begeistern. Seiner ganz speziellen Hartnäckigkeit ist es mit zu verdanken, dass das DLR von 5.000 auf 8.000 Beschäftigte gewachsen und der Standort Porz inzwischen in vielen Teilen der Welt ein Begriff geworden ist. Er hat entscheidenden Anteil daran, dass die deutsche Raumfahrt gute Perspektiven hat. Ich bin sicher, er wird auch die ESA in eine spannende Zukunft führen. Außerdem gratuliere ich Frau Ehrenfreud herzlich zu ihrer Wahl und wünsche ihr gutes Gelingen für die von ihr liegenden Herausforderungen.“

Die führende deutsche und europäische Großforschungseinrichtung hat einen hohen Stellenwert für den Wahlkreis und eine enorme Ausstrahlung über die Region hinaus. Der Standort Porz war zuletzt beteiligt an der erfolgreichen ISS Mission des deutschen Astronauten Alexander Gerst und die von Köln aus begleitete Rosetta-Mission mit der Landung auf dem Kometen Churyumov-Gerasimenko. Wie passend, dass der Lander Philae pünktlich wieder Daten an das Kontrollzentrum sendete.

Das DLR ist das nationale Forschungszentrum der Bundesrepublik Deutschland für Luft- und Raumfahrt und forscht in den Bereichen Luftfahrt, Raumfahrt, Energie, Verkehr und Sicherheit. Dieses hat seinen Hauptsitz in Köln und verfügt insgesamt über 16 Standorte und beschäftigt rund 8.000 Mitarbeiter.



Zusammentreffen beim DLR-Sommerfest: Klaus-Peter Wilsch, Prof. Johann-Dietrich Wörner, Prof. Pascale Ehrenfreud, Alexander Gerst, Matthias Machnig, Martin Dörmann

Bundesfördermittel für Bahnhof Belvedere und Millowitsch-Theater

Dörmann und Mützenich hatten die Denkmalschutzanträge unterstützt

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 17. Juni der Förderung zweier Kölner Projekte mit insgesamt 116.000 Euro zugestimmt. Das Millowitsch-Theater am Rudolfplatz erhält 60.000 Euro aus Bundesmitteln, der historische Bahnhof Belvedere 56.000 Euro. Zusammen mit Geldern der Stadt, des Landschaftsverbandes und von privaten Geldgebern werden so umfangreiche und dringend notwendige Baumaßnahmen ermöglicht.



Bahnhof Belvedere

Die Fördermittel werden im Rahmen des neu aufgelegten Denkmalschutz-Sonderprogramms vergeben, das bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) angesiedelt ist. Der Haushaltsausschuss hat insgesamt 20,8 Millionen Euro Bundesmittel für den Denkmalschutz freigegeben. Somit können nun bundesweit 124 Denkmalschutzprojekte gefördert werden. Angesichts der Vielzahl von Anträgen aus dem gesamten Bundesgebiet ist mit der Unterstützung gleich zweier Projekte in Köln deren kulturelle Bedeutung besonders gewürdigt und hervorgehoben worden.

Zum wiederholten Male hatten sich im Vorfeld die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Dr. Rolf Mützenich** für die Förderung mit Bundesmitteln eingesetzt und die eingereichten Anträge unterstützt. Hierzu sagte Martin Dörmann als Sprecher der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe für Kultur und Medien: „Wir freuen uns sehr über die erneute positive Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages mit einer klaren Unterstützung des historischen Denkmalstandorts Köln. Sowohl der historische Bahnhof Belvedere in Müngersdorf als auch das Millowitsch-Theater am Rudolfplatz gelten bundesweit als historisch beispielgebende Denkmäler für Eisenbahn- bzw. Theaterkultur. Ich freue mich besonders, dass mit dem Millowitsch-Theater nun auch eine zweite Kölner Institution in die Bundesförderung aufgenommen wurde. Das langjährige Engagement der hochmotivierten Vereine hat sich erneut

für den Kulturstandort Köln ausgezahlt!“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Rolf Mützenich ergänzte: „Der Bahnhof Belvedere mit dem ältesten erhaltenen Empfangsgebäude in Deutschland ist ein herausragendes Beispiel der frühen Eisenbahnarchitektur. Die Rheinische Eisenbahngesellschaft hat 1839 neue Wege beschritten, die auch heute noch Beleg für innovativen Unternehmertegeist sind. Ich freue mich, dass wir nun zum dritten Mal in Folge die dringend benötigte Instandsetzung des historischen Gebäudes ermöglichen können. Der Förderkreis des Bahnhofs Belvedere ist ein hervorragendes Beispiel für gelungenes bürgerchaftliches Engagement!“

Der Vorsitzende des Förderkreises Bahnhof Belvedere **Sebastian Engelhardt** war sehr erfreut: „Zusammen mit den von der Stadt Köln zugesagten Mitteln können wir nun den nächsten Bauabschnitt anpacken, nämlich die Sanierung des Wintergartens. Die Hilfen aus Mitteln des Bundes von nun insgesamt über 300.000 Euro sind ein deutliches Signal für die Wertschätzung des außergewöhnlichen Baudenkmal.“ Ebenso begeistert äußerte sich der Vorsitzende des Vereins Freie Volksbühne e. V., Professor **Hans-Georg Bögner**, als Hausbesitzer des Millowitsch-Theaters: „Wir freuen uns über die Beteiligung des Bundes, damit eins der bedeutendsten Theatergebäude des Rheinlandes in eine gesicherte Zukunft geführt werden kann.“



Besuch im Integrationshaus Kalk

Mit sehr engagierten Deutschkursteilnehmerinnen und -teilnehmern aus drei Kontinenten diskutierte **Martin Dörmann** deren Alltagsprobleme bei Job- und Wohnungssuche. Anschließend besprach er mit SPD-Bezirksvertreterin **Kerstin Schmedemann** sowie den Sozialarbeiterinnen die derzeitigen Finanzierungsprobleme bei der Kinderbetreuung. Er hat sich inzwischen bei den zuständigen Stellen für Fördermittel eingesetzt. Der Verein leistet wichtige und vorbildliche Arbeit, die dringend unterstützt werden muss.

„Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Barbara Hendricks und Jochen Ott diskutierten über die „Soziale Stadt“

Bei der „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Mülheim Mitte Juni zum Thema „Soziale Stadt“ verwies Bundesbauministerin **Barbara Hendricks** auf die deutlich



gestiegenen Bundesgelder für Kommunen und die Städtebauförderung.

Jochen Ott, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, freute sich über die Ankündigung der Ministerin, sich für eine

Verdopplung der Mittel für den sozialen Wohnungs-

bau einzusetzen. Er konnte aus eigener Erfahrung berichten, wie schwierig es sei, die CDU davon zu überzeugen: „Nur im letzten Moment konnte der Verkauf

der GAG verhindert werden, der soziale Wohnungsbau wurde in den Schramma-Jahren gegen Null gefahren. Eine Großstadt wie Köln muss aber auch für den normalen Rentner, für die kleine Mittelstandsfamilie und dem Arbeitslosen gute Wohnungen in Zentrumsnähe anbieten können.“



Setzen sich für Strukturen in den Städten ein, die Menschen und den sozialen Zusammenhalt in allen Veedeln stärken: Jochen Ott, Karl Lauterbach, Barbara Hendricks und Martin Dörmann

Talk zur Familienpolitik mit Manuela Schwesig und Jochen Ott

Engagierter SPD-Talk in der Südstadt für eine moderne Familienpolitik: **Manuela Schwesig** und **Jochen Ott** diskutierten mit Moderatorin **Vanessa Nolte** im Freien Werkstatt Theater nach einem Auftritt des tollen Ensembles. Auf tagesschau.de las man kürzlich den schönen Satz über einen Konflikt der Familienministerin mit **Wolfgang Schäuble**: „Einmal mehr erscheint sie als eine moderne Jeanne d'Arc, die der Altherrenpolitik der Union die Stirn bietet.“ Übrigens hat sie sich dann erneut durchgesetzt: der Steuerfreibetrag für Alleinerziehende wurde gerade deutlich angehoben.



Gibt es Änderungsbedarf beim Kartellrecht, um mediale Vielfalt zu sichern?



Trotz eines Bahnstreiks folgten am 21. Mai rund 80 Fachleute der Einladung von **Martin Dörmann** und **Lars Klingbeil** ins Paul-Löbe-Haus des Bundestages. Die beiden Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hatten im Rahmen des Projekts zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung einen weiteren Expertendialog organisiert, diesmal zum Thema „Kartellrecht und mediale Vielfaltsicherung“.



Für die publizistische Vielfalt tragen die Bundesländer Verantwortung, während der Bund die Gesetzgebungskompetenz für das allgemeine Wettbewerbsrecht hat, das auch für Medienunternehmen gilt. Wenn solche zusammenarbeiten oder fusionieren wollen, kann es zu Konstellationen kommen, in de-

nen sich die Grundsätze des Kartellrechts und die Sicherung von Medienvielfalt in einem Zielkonflikt gegenüberstehen. Dies jedenfalls ist die Auffassung vieler Medienexperten, die im letzten Jahr an einer Branchenbefragung der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen haben.

So wird teilweise vorgetragen, dass sich angesichts einer stark veränderten Medienlandschaft mit neuen Technologien, Geschäftsmodellen und Playern auch die historisch gewachsenen Prüfsysteme einer Anpassung stellen müssten. So fielen beispielsweise neue Internetangebote wie WhatsApp, die geringen Umsatz mit hohen Nutzerzahlen und Reichweiten verbinden, durch das rein umsatzorientierte Prüfraster des Kartellamts hindurch. Gleichzeitig untersagte das Bundeskartellamt in der Vergangenheit aus wettbewerblichen Erwägungen ein medienpolitisch von vielen erwünschtes Gemeinschaftsprojekt wie „Germany’s Gold“, eine gemeinsame Online-Video-Plattform, auf der die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Filme, Serien und Dokumentationen anbieten wollten.

Die seit Frühjahr 2015 arbeitende Bund-Länder-Kommission zur konvergenten Medienordnung hat sich des Themas Vielfaltssicherung und Kartellrecht in einer eigenen Arbeitsgruppe angenommen und will dort Änderungsvorschläge erarbeiten.



Dr. Reinhart Binder, Martin Dörmann, Andreas Mundt und Prof. Boris Paal diskutierten mit rund 80 Fachleuten

Nach der Einführung von Martin Dörmann erläuterte **Dr. Reinhart Binder**, Rechtsdirektor des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), die Position der ARD. Er betonte zunächst, Fernsehen bleibe auf absehbare Zeit das zentrale Leitmedium, so dass man nicht zu schnell die Gewichte des Medienkonzentrationsrechts verschieben dürfe, auch wenn die Fernsehzentrierung in der Ländermedienaufsicht weiterentwickelt werden müsse. Er sehe durchaus gesetzgeberischen Änderungsbedarf, damit sich die mediale Vielfaltsicherung durch die Länder auch im Wettbewerbsrecht des Bundes stärker abbilde. Insgesamt sei eine bessere Verschränkung der Ebenen nötig.



Der Präsident der Bundeskartellamts **Andreas Mundt** verwies darauf, dass sein Haus in der Praxis sehr viel abstimmungsfreudiger und flexibler sei als oft angenommen. Für ihn sei die Untersagung von Fusionen im Medienbereich ein impliziter Beitrag von Vielfaltsicherung. Publizistische Vielfaltsicherung sei bislang kein Prüfungspunkt, eine Einbeziehung in das Wettbewerbsrecht könne auch überfrachtend wirken und die notwendige Einzelfallprüfung verkomplizieren. Anhand von konkreten Beispielen führte Präsident Mundt aus, dass die Marktangrenzungen und -kontrolle aus seiner Sicht effizient und flexibel funktioniere, so

dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf für eine stärkere Berücksichtigung medienpolitischer Gesichtspunkte bestehe.

Prof. Dr. Boris Paal von der Universität Freiburg, der mit einer Studie zur Thematik habilitiert wurde, unterstrich wie Dr. Binder die Bedeutung besserer Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Gleichzeitig müsse die Medienaufsicht der Länder neu justiert und die Fernsehzentrierung überdacht werden. Paal sah aber kein prinzipielles Problem in einer doppelten Rechtsprüfung auf Bundes- und Landesebene, da beide grundsätzlich unterschiedliche Zielrichtungen verfolgten. Er warnte davor, publizistische Ziele explizit ins Kartellrecht aufzunehmen, da dies die Rechtssystematik erheblich verändere und gewaltige Proteste hervorrufen würde. Die stärkere Berücksichtigung medialer Vielfalt im Kartellrecht sei auch ohne Rechtsänderung möglich. Bereits auf Grundlage bestehender Normen könnten nämlich stärker als bisher „außerökonomische Erwägungsgründe“ in die Prüfungspraxis aufgenommen werden.



Die unterschiedlichen Ansätze der Podiumsteilnehmer wurden in der anschließenden Debatte aufgegriffen, die restriktive Position des Bundeskartellamtes wurde dabei teilweise kritisch hinterfragt. Auch das europäische Kartellverfahren gegen Google und die negative Entscheidung zur Fusion von Pro7Sat1 mit Axel Springer wurden angesprochen.

Moderator **Martin Dörmann** schloss den intensiven Dialog nach zweieinhalb Stunden mit dem Verweis auf zahlreiche Folgefragen. Grundsätzlich sei er der Meinung, dass die Unabhängigkeit des Bundeskartellamtes ein hohes Gut sei. Dennoch oder gerade deswegen müsse über neue Wege nachgedacht werden, um sinnvolle Medien-Kooperationen im Einzelfall auch unter dem Gesichtspunkt langfristiger Medienvielfalt prüfen zu können. Auszuloten seien dabei insbesondere Handlungsspielräume im europäischen Recht bezüglich möglicher nationaler Ausnahmefreistellungen im Kartellrecht.

→ Nähere Infos zum Projekt „Reform der Medienordnung“ der SPD-Bundestagsfraktion und Abruf der Branchenbefragung: www.spdfraktion.de/themen/reform-der-medienordnung

Martin Dörmann: Förderbedingungen nun zügig und effizient ausgestalten

Am 19. Juni ist die Versteigerung von Frequenzen für mobiles Breitband durch die Bundesnetzagentur zu Ende gegangen. Mit Gesamteinnahmen von rund 5,1 Milliarden Euro wurde bei der Frequenzversteigerung ein Ergebnis erzielt, das über den Erwartungen lag. Etwa 1,3 Milliarden Euro davon wurden für den Bereich der „Digitalen Dividende II“ erzielt, also für Frequenzen im Bereich 700 MHz und 1,5 GHz. Diese werden durch Umzug und Umstellung des Rundfunks auf das effizientere Übertragungsformat DVB-T2 frei und können fortan für die Breitbandnutzung via Mobilfunk verwendet werden. Die steigenden Mobilfunkunternehmen haben sich mit ihren Geboten verpflichtet, mindestens 97% der Haushalte in Deutschland mit schnellem mobilem Internet (LTE) zu versorgen.



Die 1,3 Milliarden Euro aus den Einnahmen für die Digitale Dividende II werden nach Abzug der Umstellungskosten mit den Bundesländern geteilt und für den Breitbandausbau bereitgestellt. Auf den Bund und die Länder sind dies jeweils rund 600 Millionen Euro. Für Breitband-Förderprogramme des Bundes steht darüber hinaus im Haushalt ein Betrag von rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Zusätzlich

sätzlich können Teile des 3,5-Milliarden-Investitionsfonds für Kommunen auch für Breitbandprojekte genutzt werden. Durch Beschlüsse der Koalition konnte somit bislang im Bundeshaushalt sowie mit dem Länderanteil bei der Digitalen Dividende II eine Gesamtsumme knapp unter drei Milliarden Euro für den Breitbandausbau erreicht werden. Diese Summe war übrigens zeitweise bereits bei den Koalitionsverhandlungen im Gespräch, konnte damals am Ende aber aufgrund der begrenzten Finanzmittel noch nicht realisiert werden. Damit können die ehrgeizigen Ausbaupläne der Regierungskoalition nun auch finanziell unterstützt werden. Bis Ende 2018 will die Bundesregierung eine flächendeckende Versorgung mit hohen Bandbreiten über 50 Mbit/s sicherstellen.

Jetzt komme es darauf an, so **Martin Dörmann** als Berichterstatter der SPD-Fraktion für digitale Infrastruktur, die Förderrichtlinie des Bundes so auszugestalten, dass die optimale Hebelwirkung für private Investitionen in den Breitbandausbau erzielt werde. Das Programm müsse mit den Länderprogrammen verzahnt werden und soll insbesondere die unterversorgten Regionen erreichen, in denen heute noch Wirtschaftlichkeitslücken bestehen.

ARD und ZDF beschließen zusätzliche Programmmittel für Phoenix

Auch Martin Dörmann hatte sich für eine finanzielle Stärkung eingesetzt

Seit Jahren kämpft der Fernsehsender Phoenix mit einem rückläufigen Programmstat. Dabei ist der Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF ein besonderes Aushängeschild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und von besonderer Bedeutung für die Vermittlung bundespolitischer und internationaler Inhalte und Zusammenhänge.



Über mehrere Monate hatte sich **Martin Dörmann** als medienpolitischer Sprecher bei den Intendantinnen und Intendanten von ARD und ZDF dafür eingesetzt, die wertvolle Marke Phoenix zu stärken und den Sender mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Oppermann** und auch Bundestagspräsident **Norbert Lammert** hatten sich dem Vorstoß angeschlossen.

Nun haben sich - wohl auch unter dem Eindruck der Hinweise aus der Politik - die Intendantinnen und Intendanten der ARD nach intensiver Debatte entschieden, die Sockelfinanzierung von Phoenix ab 2017 um

eine Million Euro zu erhöhen. Zusammen mit der bislang konditionierten Finanzierungserhöhung vonseiten des ZDF werden nunmehr zwei Millionen Euro mehr pro Jahr zur Verfügung stehen. Diese werden auch dringend benötigt, da zuletzt stetig schrumpfende Programmmittel eine zeitgemäße Berichterstattung immer schwieriger gemacht haben.

Martin Dörmann begrüßt die Entscheidung: „Mit den Beschlüssen von ARD und ZDF ist nun ein wichtiger Schritt zu einer finanziellen Stabilisierung von Phoenix gemacht worden. Mit seiner Live-Übertragung und -Berichterstattung aus Parlament und Politik leistet der Sender einen besonderen Beitrag zu Demokratievermittlung und Qualitätsjournalismus, den es dauerhaft zu sichern gilt. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass der Sender auch über die aktuellen Beschlüsse hinaus konzeptionell und finanziell weiter gestärkt wird.“

Aktuelleres TV-Programm und runderneuerte App sollen Reichweite stärken

Am 22. Juni wurde im Rahmen des Global Media Forums in Bonn der Startknopf für das neue englische Fernsehprogramm der Deutschen Welle gedrückt. Vor den rund 2.000 anwesenden Gästen aus Politik und Medien betonte Intendant **Peter Limbourg**, wie wichtig dieser Schritt sei, um einerseits den Anforderungen der Zielgruppen gerecht zu werden und andererseits im globalen Wettbewerb der Meinungen zu bestehen.



Das neue Nachrichtenstudio

Auf dem neuen TV-Kanal wird nun rund um die Uhr ein vielfältiges englischsprachiges Programm gesendet. Neben Magazinen, Reportagen, Dokumentationen, Interviews sowie



Gesprächen zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport wird stündlich die neu aufgelegte Nachrichten- und Informationssendung „DW News“ ausgestrahlt. Dank der neuen Studioteknik, die mit zusätzlichen Mitteln durch den Deutschen Bundestag unterstützt wurde, kann diese jederzeit um „Breaking News“ ergänzt werden. Zudem gibt es nun eine runderneuerte deutschsprachige App „DW - Breaking World News“, die bei den Usern bereits bestens ankommt.



„Made for minds“, der neue Slogan der Deutschen Welle: Intendant Peter Limbourg und Verwaltungsrat Martin Dörmann bei der parlamentarischen Vorabrepräsentation in Berlin

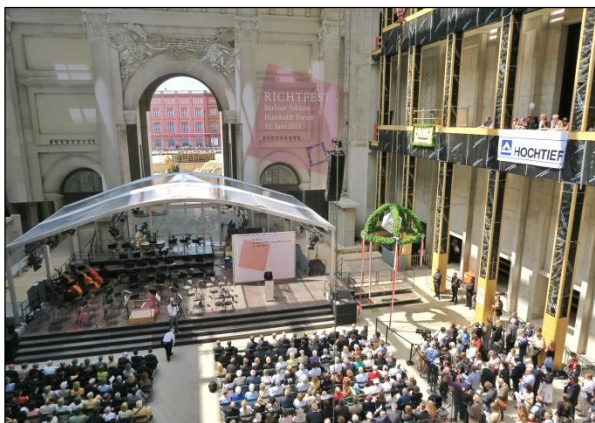


Als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion begrüßte **Martin Dörmann** die neuen Angebote: „Die durch Technologie und schnelle Verbreitungswege zunehmend vernetzte Welt verstärkt den globalen Wettbewerb um Informationen und mediale Aufmerksamkeit. Dieser findet vor allem in englischer Sprache statt. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Deutsche Welle hierauf einen besonderen Fokus richtet. Sie ist als deutscher Auslandssender eine gefragte Stimme, von der eine ausgewogene und journalistisch hochwertige Berichterstattung erwartet wird. Durch das neue Programm, das größere Aktualität mit moderner Präsentation verbindet, kann es gelingen, diesen Anforderungen auf Dauer gerecht zu werden.“

Dieser Schritt ist nur folgerichtig, um den Programmauftrag noch effizienter umsetzen zu können. Zugleich bleibt ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal der Deutschen Welle – nämlich ihre Sprachenvielfalt und Regionalkompetenz – erhalten, was ihre Verankerung auf allen Kontinenten sichert. Die Deutsche Welle ist die globale Stimme Deutschlands, sie ist die Botschafterin unseres Rechtsstaats und trägt so die deutsche Perspektive auf nationale wie internationale Geschehnisse in die Welt. Ich wünsche der Deutschen Welle und ihren besonders engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Erfolg auf dem nun eingeschlagenen Kurs!“

Innerhalb der Koalition setzte sich Martin Dörmann erfolgreich für eine breite Unterstützung für diesen Weg ein. Dies wird mit der positiven Stellungnahme des Bundestages zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle sowie durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse deutlich, welche die Finanzierung dieses Reformprozesses absichern.

Der Bau ist im Zeit- und Kostenplan – 2019 startet das Humboldt-Forum



Am 12. Juni wurde das Richtfest für das Berliner Schloss gefeiert. 2019 wird darin das Humboldt-Forum eröffnet, das ein einzigartiger Ausstellungs- und Begegnungsort für die Kulturen der Welt sein soll. In Berlins historischer Mitte entsteht ein Kulturmagnet, der jährlich mehrere Millionen Besucherinnen und Besucher anlocken wird.

Martin Dörmann nahm als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion an der Veranstaltung teil und betonte anschließend: „Das Humboldt-Forum ist äußerst ambitioniert und das wichtigste kulturpolitische Projekt in dieser Legislaturperiode. Deshalb unterstützen wir es nach Kräften.“

Gebäude mit wechselvoller Geschichte

Das Berliner Schloss hat eine lange und wechselvolle Geschichte. Die Vorläufer des Gebäudes reichen zurück bis in die Anfangszeit der Stadtgründung des alten Berlins in seiner historischen Mitte. Zu seiner eigentlichen Bedeutung und Form gelangte das Schloss nach barocken Erweiterungen ab 1702 als königlich-preußische und ab 1871 als kaiserliche Residenz im Deutschen Kaiserreich.

Das Berliner Stadtschloss gilt Kunsthistorikern mit seinen Fassaden und Räumen als einer der bedeutendsten Barockbauten der Welt. 1950 beschloss die Sozialistische Einheitspartei der DDR (SED) das im Zweiten Weltkrieg fast vollständig ausgebrannte, in seinen Fassaden aber noch standfeste Gebäude zu beseitigen, um den Marx-Engels-Platz neu zu gestalten und ab 1973 den Palast der Republik zu errichten, der als Kulturhaus für alle als Symbol der neuen Staatsmacht gedacht war. Der Palast der Republik diente unter anderem als Sitz der Volkskammer, die in ihrer ersten demokratisch und frei gewählten Zusammensetzung am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik beschloss.

Nach der Asbestsanierung von 1997 bis 2002 erfolgte zwischen 2006 und 2008 der Abriss des Palastes der Republik. In der Zwischenzeit wurde die entkernte Hülle des Gebäudes für künstlerische Performances

und Events genutzt, was einmal mehr deutlich machte, wie bedeutungsgeladen der Ort ist, an dem das Berliner Schloss – Humboldtforum entsteht.

Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Hülle

Dieses Ausfluges in die Vorgeschichte des Gebäudes bedarf es, um zu verstehen, warum die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses und der Bau des Humboldt-Forums in der Mitte Berlins immer wieder emotionale Debatten ausgelöst. 2002 fällte der Deutsche Bundestag die Grundsatzentscheidung, das Gebäude in der Kubatur des ehemaligen Schlosses aufzubauen, d. h. mit den wieder zu errichtenden drei historischen Fassaden und dem Schlüterhof, ergänzt um einen zur Spree hin als Neubau zu errichtenden Gebäudeteil. Die Bauarbeiten begannen im März 2013, am 12. Juni 2013 wurde der Grundstein gelegt und am 12. Juni wurde Richtfest für den vollendeten Rohbau des Schlosses samt Dachstuhl gefeiert.

Bislang ist der in Verantwortung des Bundes befindliche Bau vollständig im Kosten- und Zeitplan. Das nach Plänen des italienischen Architekten **Franco Stella** zu errichtende Gebäude wird mit Mitteln des Bundes und des Landes Berlin finanziert (Kostengrenze: 590 Mio. Euro - Bund: 478 Mio. Euro, Berlin: 32 Mio. Euro). Die Wiederherstellung der barocken Fassaden und der historischen Kuppel erfolgt mit privaten Spenden (80 Mio. Euro). 2018 könnte der Bau fertig sein, Mitte 2019 soll das Humboldtforum im Berliner Schloss eröffnet werden.

Das Humboldt-Forum als Kulturprojekt

Das Humboldt-Forum ist der kulturpolitisch größte und wichtigste Neubau der Gegenwart in unserem Land. Die politische Überzeugung, ein Projekt in dieser Dimension auch in einer Zeit von Sparzwängen und vielen anderen politischen Prioritäten umzusetzen, beruht in der unglaublich überzeugenden Idee. Von nichts weniger als dem Ort der Weltkulturen an einem der zentralsten Plätze unserer Republik ist die Rede.

Das Humboldtforum soll die vielschichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und der Welt vermitteln und sich dabei der unterschiedlichsten Perspektiven, Fragestellungen und Erzählungen annehmen, die in der Vielfalt und den Werten der Weltkulturen verankert. Die Welt soll in diesem Denkraum für die Zukunft der Welt nicht nur zu Gast, sondern zuhause sein.

Auch wenn es aktuell noch vorrangig ein Bauprojekt ist, müssen schon jetzt die inhaltlichen und organisatorischen Grundlagen gelegt werden, damit das Humboldt-Forum mit seiner Eröffnung im Jahr 2019 mehr als ein Museum der Weltkulturen ist. Als solches wird es hin und wieder mit Verweis auf den späteren Hauptnutzer des Gebäudes, die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) zu Unrecht dargestellt.

Die Sammlungen des Ethnologischen und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin (SMB) – allesamt Einrichtungen der SPK – werden den größten Raum (24.000 m²) im Humboldtforum einnehmen. Daneben wird die Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum, die jetzt Bauherrin für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses ist – eine Ausstellung im künftigen Humboldt-Forum betreiben und dort gemeinnützig aktiv sein.

Die Stiftung wirbt gemeinsam mit dem Förderverein Berliner Schloss e. V. private Mittel zur Wiederherstellung der barocken Fassaden und der historischen Kuppel ein. Daneben werden das Land Berlin mit dem Ausstellungskonzept „Welt.Stadt.Berlin“ (4.000 m²) und die Humboldt-Universität (1.000 m²) im Humboldt-Forum vertreten sein. Für seine Nutzfläche von 5.000 m² bringt das Land Berlin ebenfalls einen Grundstücksanteil ein.

Konzept Humboldt-Forum muss noch wachsen

Auch wenn es bereits gute Vorüberlegungen für die spätere Nutzung des Humboldt-Forums und des großen Veranstaltungsraumes, der Agora, gibt, müssen all diese verschiedenen Puzzleteile noch zu einem großen Ganzen zusammengefügt werden. Dies wird die Hauptaufgabe des am 8. April 2015 berufenen, international renommierten Museumsexperten **Neil MacGregor** sein, der bislang das Britische Museum in London leitet. Er soll als Gründungsintendant ab Oktober 2015 für einen Zeitraum von zwei Jahren gemeinsam mit dem Kunsthistoriker **Prof. Horst Bredekamp** (für den Nutzer Humboldt-Universität) und dem Archäologen **Prof. Hermann Parzinger** (für den Hauptnutzer SPK) „inhaltliche Schwerpunkte setzen und voranbringen sowie das Zusammenwirken aller Akteure im Humboldt-Forum entwickeln“, wie es in der Pressemitteilung der Kulturstaatsministerin **Monika Grütters** heißt. Zudem wird ein internationales Netzwerk von Wissenschaftlern und Museumsexperten die Gründungsintendanz unterstützen und könnte später zu einem wissenschaftlichen Beirat des Humboldt-Forums werden.

Im Ausschuss für Kultur und Medien begleitet der Deutsche Bundestag das Projekt sehr intensiv. Bis im Jahr 2019 eröffnet werden kann, müssen noch viele Fragen geklärt werden. Doch schon jetzt wird deutlich, welche überzeugende Idee dahinter steckt. Das Humboldt-Forum ist eine einzigartige Chance, in der Mitte der deutschen Hauptstadt eine Offenheit für die Kulturen der Welt zum Ausdruck zu bringen, die sich mit vergleichbaren Gebäuden wie dem Louvre in Paris mehr als messen lassen kann.



Modellskizze der Nord-West-Fassade des Stadtschlusses, in dem 2019 das Humboldt-Forum eröffnet wird

Martin Dörmann ist Mitunterzeichner eines der vier Gesetzentwürfe

Plenardebatte zur Sterbehilfe. Ein schwieriges Thema, das viele Menschen bewegt. Es geht um den Schutz des Lebens aber auch der Menschenwürde. Wie darf ein Arzt helfen, wenn ein unheilbar Kranker leidet und erlöst werden will? Hierzu liegen dem Bundestag vier Gesetzentwürfe vor. **Martin Dörmann** unterstützt den seiner Fraktionskollegen **Lauterbach, Reimann und Lischka**. Er zielt darauf ab, das Strafrecht nicht zu verschärfen sondern stattdessen eine auch standesrechtliche Sicherheit für helfende Ärzte zu geben. Die Regelung entspräche dem Willen einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung, die ein würdiges Sterben ohne Angst vor Schmerzen und Kontrollverlust wünscht.

Mittlerweile erspart die Palliativmedizin Menschen in ihrer letzten Lebensphase Schmerzen, lindert Atembeschwerden und leistet psychologische Hilfe. Ebenso werden todkranke Menschen einfühlsam in Hospizen beim Sterben begleitet. Beides will die Große Koalition durch ein Gesetz flächendeckend in Deutschland stärken. Dennoch gibt es Menschen, die bei einer Erkrankung, die unweigerlich zum Tode führt, die Behandlung als belastend oder unwürdig empfinden und den Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus dem Leben selbst bestimmen wollen.

Dabei suchen sie teilweise Hilfe zur Beschaffung eines tödlichen Mittels durch nahe Angehörige, Freunde oder einen Arzt. Zudem gibt es immer mehr Sterbehilfevereine, die in Deutschland Unterstützung anbieten. Über diese so genannte Sterbehilfe will der Bundestag noch in diesem Jahr entscheiden. Dabei geht es darum, ob für Angehörige, Freunde, Ärzte oder Sterbehilfevereine diese Beihilfe zum Selbstmord straffrei bleiben soll.

Für den ARD-Deutschland Trend ist 2014 ermittelt worden, dass 46 Prozent der Bevölkerung dafür sind, die Beihilfe zur Selbsttötung nicht unter Strafe zu stellen. 37 Prozent würden sogar die aktive Sterbehilfe, bei der eine Person dem sterbewilligen Menschen ein tödliches Mittel verabreicht, zulassen wollen. Von den 10.000 jährlich verübten Selbstmorden in Deutschland gehen laut Schätzungen rund 500 auf die Einnahme eines durch Sterbehelfer bereitgestellten Mittels zurück.

Mittlerweile liegen aus der Mitte des Parlaments vier Gesetzentwürfe vor, hinter denen nicht die Fraktionen, sondern fraktionsübergreifende Gruppen von Abgeordneten stehen. Wie üblich in einer solchen ethischen Frage besteht keine Fraktionsdisziplin. Über die Gesetzentwürfe hat der Bundestag am 2. Juli in erster Lesung beraten. Alle eint, dass die aktive Sterbehilfe weiterhin strafbar bleibt. Die endgültige Entscheidung ist für Herbst geplant.

Die aktuelle rechtliche Situation in Deutschland:

Die **passive Sterbehilfe** (Sterbenlassen durch Unterlassen oder Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen) ist erlaubt, wenn sie dem erklärten Willen des Patienten entspricht.

Indirekte Sterbehilfe (Inkaufnahme eines verfrühten Todes aufgrund einer schmerzlindernden Behandlung im Einverständnis mit dem Betroffenen) ist zulässig.

Assistierter Suizid (Hilfe bei der Selbsttötung etwa durch Bereitstellen eines Mittels, das der Patient selbst zu sich nimmt) ist nicht verboten, kann aber strafbar sein als Mitwirkung an einem nicht freiverantwortlichen Suizid. Ein Strafbarkeitsrisiko besteht zum Beispiel, wenn der Arzt die Rettung eines handlungsunfähig gewordenen Sterbenden unterlässt.

Die **aktive Sterbehilfe** (Töten auf Verlangen zum Beispiel mithilfe einer tödlichen Substanz) ist als Tötung auf Verlangen strafbar. Sie ist weltweit nur in wenigen Ländern erlaubt, etwa in Belgien.

Diese vier Gesetzentwürfe liegen vor:

(1) Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung

Die bislang meisten Mitzeichner hat ein Gesetzentwurf (**Drucksache 18/5373**) mit insgesamt neun Initiatoren: **Kerstin Griese, Eva Högl** (beide SPD), **Michael Brand, Michael Frieser, Claudia Lücking-Michel, Ansgar Heveling** (alle CDU/CSU), **Kathrin Vogler, Halina Wawzyniak** (beide Linke), **Elisabeth Scharfenberg** und **Harald Terpe** (beide Grüne).

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, dass der assistierte Suizid nicht zu einer „gesundheitlichen Dienstleistung“ wird. Dadurch, dass zunehmend Einzelpersonen oder Vereine, die Beihilfe zur Selbsttötung durch die Bereitstellung oder Beschaffung eines tödlichen Medikaments regelmäßig anbieten würden, drohe eine gesellschaftliche „Normalisierung“ oder ein „Gewöhnungseffekt“ gegenüber organisierten Formen des assistierten Suizids, heißt es im Gesetzentwurf. Insbesondere alte und/oder kranke Menschen könnten sich gedrängt fühlen, von diesen Angeboten Gebrauch zu machen. Deshalb sollen auch nichtkommerzielle, aber geschäftsmäßige, also auf Wiederholung angelegte Handlungen strafrechtlich verboten werden. Dafür soll ein Straftatbestand im Strafgesetzbuch eingeführt werden, der die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung unter Strafe stellt.

Geschäftsmäßige Beihilfe zur Selbsttötung soll mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden. Suizidhilfe, die „im Einzelfall in einer schwierigen Konfliktsituation gewährt wird“, wird nicht kriminalisiert, unabhängig davon, ob die Suizidhelfer Angehörige, Ärztinnen und Ärzte oder andere Personen sind. Insbesondere sind individuelle ärztliche Entscheidungen am Lebensende auch weiterhin möglich.

Ein vollständiges strafbewehrtes Verbot wird abgelehnt, weil es „politisch nicht gewollt“ und mit den „verfassungspolitischen Grundentscheidungen des Grundgesetzes kaum zu vereinbaren“ sei.

(2) Regelung der ärztlich begleiteten Lebensbeendigung

Initiatoren eines anderen Gesetzentwurfes (**Drucksache 18/5374**) sind: **Carola Reimann**, **Karl Lauterbach** und **Burkhard Lischka** (alle SPD) sowie die vier Unionsabgeordneten **Peter Hintze**, **Katherina Reiche**, **Kristina Schröder** und **Dagmar Wöhl**.

Sie wollen das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis vor rechtlichen Sanktionen schützen. Derzeit besteht eine Rechtsunsicherheit für Ärztinnen und Ärzte sowie ihre Patientinnen und Patienten, weil das ärztliche Standesrecht in 10 von 17 Ärztekammerbezirken jede Form der Hilfestellung beim selbstvollzogenen Suizid ihrer Patienten untersagt.

Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern, dass ein „volljähriger und einwilligungsfähiger Patient, dessen unheilbare Erkrankung unumkehrbar zum Tod führt (...) zur Abwendung eines krankheitsbedingten Leidens die Hilfestellung eines Arztes bei der selbst vollzogenen Beendigung seines Lebens in Anspruch nehmen“ kann. Dies soll jedoch nur dann möglich sein, wenn der Patient es ernsthaft und endgültig wünscht, eine ärztliche Beratung über andere Behandlungsmethoden und über die Suizidassistenz stattgefunden hat, die Erkrankung unumkehrbar ist und wahrscheinlich zum Tod führt – was ebenso wie der Patientenwunsch und seine Einwilligungsfähigkeit durch einen zweiten Arzt bestätigt werden muss.

Die Hilfe durch den Arzt muss freiwillig sein. Die Entscheidung über den Zeitpunkt, die Art und den Vollzug seines Suizids muss der Patient treffen. Der Vollzug muss unter medizinischer Begleitung erfolgen. Mit dieser Regelung wollen die Initiatoren des Gesetzentwurfs Sterbehilfevereine und Personen, die Sterbehilfe anbieten, die Grundlage entziehen.

Viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern hätten bestätigt: „Die Menschen wollen nicht, dass der Staat mit neuen Verboten in den sensiblen Bereich zwischen Leben und Tod eingreift“, berichtete die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Mitinitiatorin des Gesetzentwurfes **Carola Reimann**. Sie wollten sich nicht vorschreiben lassen, „wie viel Leid und Kontrollverlust sie ertragen müssen“. Mit dem Gesetzentwurf werde das Regelungschaos der 17 Ärztekammerbezirken beseitigt und Rechtsunsicherheit für Ärzte und Patienten geschaffen. Die klare

Botschaft sei: „Niemand muss ins Ausland fahren, niemand muss sich an medizinische Laien und selbsternannte Sterbehelfer wenden“. Es werde ermöglicht, dass sich Menschen in großer Not ihrem Arzt anvertrauen können, weil er den Patienten kenne und fachlich am besten informieren könne – dazu gehöre auch die Palliativmedizin, stellte Reimann klar. Deshalb stelle der Gesetzentwurf das Arzt-Patienten-Verhältnis ins Zentrum. Das schade Sterbehilfevereinen mehr als Strafrechtsparagrafen.

(3) Straffreiheit der Hilfe zur Selbsttötung

Ein weiterer Gesetzentwurf stammt von **Renate Künast**, **Kai Gehring** (beide Grüne) und **Petra Sitte** (Linke). Dieser schreibt explizit fest, dass Hilfestellung bei der Selbsttötung nicht strafbar ist.

Dieser Gesetzentwurf (**Drucksache 18/5375**) will Rechtsunsicherheiten in der Bevölkerung und bei Ärztinnen und Ärzten beseitigen. Gewerbsmäßige, „also auf Gewinnerzielung ausgerichtete Hilfe zur Selbsttötung“ wird verboten. Wer dagegen verstößt, wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geld-

strafe belegt. Hilfe zur Selbsttötung z. B. durch einen Sterbehilfeverein soll nur dann angeboten werden dürfen, wenn dafür lediglich die Kosten erstattet werden sollen.

Ärzte und Vereine, die um Hilfe bei einem Suizid gebeten werden, müssen den sterbewilligen Menschen in einem umfassenden und ergebnisoffenen Gespräch über seinen Zustand aufklären, Möglichkeiten der medizinischen Behandlung und Alternativen zur Selbsttötung – insbesondere palliativmedizinische – aufzeigen, weitere Beratungsmöglichkeiten empfehlen und auf Folgen eines fehlgeschlagenen Suizidversuchs hinweisen. Die Beratung ist zu dokumentieren. Zwischen dem Beratungsgespräch und der Durchführung des Suizids müssen mindestens 14 Tage liegen. Voraussetzung zur Hilfe bei der Selbsttötung ist, dass der oder die Sterbewillige volljährig ist und freierantwortlich handeln kann. Ärzte sollen explizit Beihilfe zum Suizid leisten dürfen, ohne dass ihnen Nachteile entstehen. Verstöße gegen die Beratungs- und Dokumentationspflichten können jedoch wiederum strafrechtlich sanktioniert werden.

(4) Strafbarkeit der Teilnahme an der Selbsttötung

Thomas Dörflinger und **Patrick Sensburg** (beide CDU/CSU) wollen mit ihrem Gesetzentwurf (**Drucksache 18/5376**) für die Suizidhilfe einen Straftatbestand schaffen: „Wer einen anderen dazu anstiftet, sich selbst zu töten, oder ihm dazu Hilfe leistet, wird mit Freiheitsstrafe bis fünf Jahren bestraft.“ Nur in „extremen Einzelsituationen, bei denen z. B. keine Schmerztherapie hilft und großes Leiden besteht“ soll mangels Schuld von einer Bestrafung abgesehen werden.



Speicherung von Verkehrsdaten soll auf zehn Wochen beschränkt werden

Am 12. Juni hat der Bundestag in 1. Lesung über einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur „Einführung einer Speicherfrist und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ beraten (**Drucksache 18/5088**). Landläufig wird darunter die so genannte Vorratsdatenspeicherung verstanden.

Mit dem Vorschlag der Koalition wird eine eng begrenzte Pflicht für alle Telekommunikationsanbieter zur Speicherung von wenigen, genau bezeichneten Verkehrsdaten unter Ausnahme von Emails eingeführt (Rufnummer, Beginn und Ende des Telefonats, im Fall von Internet-Telefondiensten auch die IP-Adressen). Oberste Richtschnur aller Regelungen sind die strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes.

Die Regelung unterliegt wegen des damit verbundenen Grundrechtseingriffs strengen Anforderungen, und zwar hinsichtlich des Umfangs der gespeicherten Daten und ihrer Verwendung. Diese Anforderungen sind weitergehend, als es bei den bisherigen Regelungen zur Einführung einer Speicherpflicht auf europäischer wie auf nationaler Ebene der Fall war.

Unter Beachtung der Urteile des EuGH und des BVerfG soll nun durch den Gesetzentwurf eine Pflicht zur zeitlich befristeten Speicherung von Verkehrsdaten zur Strafverfolgung und zur Gefahrenabwehr geschaffen werden. Sie soll die Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis aus Artikel 10 Grundgesetz und die Grundrechte auf Datenschutz nach Artikel 7 (Achtung der Privatsphäre) und Artikel 8 (Schutz personenbezogener Daten) der Grundrechtecharta der Europäischen Union aus Gründen der effektiven Strafverfolgung in zulässiger Weise gestalten und auf ein Minimum beschränken.

Bundesjustizminister **Heiko Maas** (SPD) sagt: „Was wir jetzt beschließen, ist nicht die alte Vorratsdatenspeicherung, wie sie sich viele Sicherheitspolitiker gewünscht haben. Wir können sehr zufrieden damit sein, dass wir innerhalb der Bundesregierung diesen vernünftigen Kompromiss gefunden haben. Damit wahren wir die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit in der digitalen Welt.“

SPD-Fraktionsvizin **Eva Högl** wies in der Debatte darauf hin, dass es bei dem Gesetz darum gehe, Verbrecher zu bekämpfen, die digitale Daten verwenden und missbrauchen.

Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bezeichnete die Gesetzesausgestaltung als „gelungenen Interessenausgleich“. Er machte deutlich, dass dem Entwurf etliche Gespräche mit Richtern und Staatsanwälten vorausgegangen seien, die unisono erklärt hätten, dass das Instrument Vorratsdatenspeicherung helfe und für mehr Rechtssicherheit Sorge.

Im Einzelnen sieht der neue Gesetzentwurf vor, dass die Pflicht zur Speicherung von Verkehrsdaten auf nur zehn Wochen beschränkt ist. Die auf Grund dieses Gesetzes gespeicherten Daten müssen unmittelbar nach Ablauf der Speicherfrist gelöscht werden. Kommt der Provider der Löschverpflichtung nicht nach, wird das mit einer Geldbuße belegt. Standortdaten dürfen nur vier Wochen gespeichert werden. Denn: Die Speicherung von Standortdaten ist ein besonders intensiver Eingriff, weil über Funkzellendaten der Aufenthaltsort des Mobilfunknutzers bestimmt werden kann und die SPD-Fraktion nicht will, dass mittels dieser Daten Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellt werden.



Bundesjustizminister Heiko Maas

Zudem: Über die Speicherfrist hinaus zu geschäftlichen Zwecken gespeicherte Standortdaten dürfen nicht mehr abgerufen werden. Abgerufen werden dürfen nur noch die verpflichtend gespeicherten Standortdaten. Hier gibt es eine Verbesserung des Datenschutzes im Vergleich zum geltenden Recht, indem der Gesetzgeber die Höchstspeicherfrist auf lediglich vier Wochen festsetzt und so den Zeitraum beschränkt, für den gespeicherte Standortdaten zur Verfügung stehen.

Schließlich werden hohe Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit der Standortdatenerhebung gestellt. Um die Erstellung von Bewegungsprofilen zu verhindern, sollen Standortdaten nur einzeln abgerufen werden. Lediglich im Ausnahmefall, etwa wenn es für die Aufklärung einer Serientat unerlässlich ist, dürfen mehrere Standortdaten abgerufen werden.

Die Provider müssen bei der Speicherung die höchstmögliche Sicherheit der Daten gewährleisten. Die Speicherung muss im Inland erfolgen (Server müssen in Deutschland stehen). Die Anbieter müssen die Daten gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verwendung schützen. Für den Zugriff auf die gespeicherten Daten bestehen hohe Hürden: Ein Abruf der Daten darf nur bei einzeln aufgelisteten schweren Strafta-

ten und nur nach vorheriger Genehmigung durch einen Richter erfolgen. Der Abruf der Daten ist transparent. Wenn Daten abgerufen werden, müssen die Betroffenen grundsätzlich darüber informiert werden.

Daten von Berufsheimnisträgern wie Journalisten, Anwälten oder Ärzten unterliegen einem Verwertungsverbot. Das gilt auch bei Zufallsfunden. Deutschland hätte damit zugleich die strikteste Regelung zur Speicherung von Verkehrsdaten in ganz Europa.

Neuer Straftatbestand der „Datenhehlerei“

Auch der Missbrauch von Daten soll vermieden werden. Daher wird der Handel mit gestohlenen Daten unter Strafe gestellt: Es wird ein neuer Straftatbestand der „Datenhehlerei“ geschaffen und damit

eine Strafbarkeitslücke geschlossen. Zweck des Gesetzes ist es, katalogmäßig aufgeführte besonders schwere Straftaten verfolgen zu können. Dazu gehört auch, Terroranschläge bzw. Gewaltverbrechen zu verhindern. Es geht aber insbesondere darum, ein Attentat – sollte es passieren – mithilfe der Speicherung schnell und effektiv aufzuklären und eventuelle Hintermänner und Mittäter zu ermitteln. Die Vorratsdatenspeicherung hilft zudem dabei, Konsum von Kinderpornografie ebenso wie den Drogenhandel oder andere Bandenkriminalität, Mord oder sexuelle Gewaltverbrechen zu bekämpfen.

Inzwischen hat der SPD-Parteikonvent der Einführung der Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen zugestimmt. Die parlamentarische Beratung dauert voraussichtlich bis zum Herbst.

→ Die Rede von Heiko Maas in der Plenardebatte am 12. Juni unter : <http://dbtg.tv/fvid/5233415>
→ Der Beschluss des SPD-Parteikonvent unter:
www.spd.de/scalableImageBlob/129450/data/20150620_beschluss_hochstspeicherfristen-data.pdf

Familien werden finanziell entlastet

Auch der Steuerfreibetrag für Alleinerziehende steigt

Familien können sich über Kindergelderhöhungen und zusätzliche Steuerentlastungen freuen. Ein besonderer Erfolg für die SPD-Fraktion: Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und der Kinderzuschlag werden erhöht. Auf Druck der SPD-Fraktion gibt es den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende rückwirkend zum 1. Januar 2015. Auf Initiative des Finanzausschusses wird auch eine Abmilderung der so genannten Kalten Progression im Gesetz berücksichtigt. Den entsprechend überarbeiteten Regierungsentwurf hat der Bundestag an Mitte Juni abschließend beraten und beschlossen.

Die bereits beschlossenen familienpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Kitas und zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ergänzt die SPD-Fraktion nun um ein Geldleistungspaket für Familien. Nach mehreren Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag dem Gesetzentwurf der Regierung zur Erhöhung der Leistungen und Steuerfreibeträge für Familien zugestimmt (Drucksachen 18/4649, 18/5011).

Gemäß des zehnten Existenzminimumberichts werden der Grundfreibetrag und der steuerliche Kinderfreibetrag für die Jahre 2015 und 2016 angehoben. Parallel dazu erhöht sich das Kindergeld für das Jahr 2015 um 48 Euro und für das Jahr 2016 um weitere 24 Euro. Das Kindergeld beträgt derzeit monatlich 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro für das dritte Kind und 215 Euro für das vierte Kind und weitere Kinder. Auch der Kinderzuschlag, von dem Familien mit geringem Einkommen profitieren, wird angehoben: um 20 Euro auf dann 160 Euro (zum 1. Juli 2016).

Alleinerziehende sind dringender als andere auf die zeitliche Vereinbarung von Familie und Beruf, auf eine gute Infrastruktur für Betreuung und finanzielle Unterstützung angewiesen. Durch den beharrlichen Einsatz der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten profitieren Alleinerziehende noch einmal zusätzlich von einem um rund 50 Prozent angehobenen steuerlichen Entlastungsbetrag – und das bereits für das laufende Jahr 2015. Der steuerliche Freibetrag steigt von 1308 Euro auf 1908 Euro jährlich. Neu ist, dass sich der Gesamtbetrag künftig nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder richtet: Für jedes weitere Kind erhöht sich der Entlastungsbetrag um je 240 Euro.

Damit wird die steuerliche Belastung von Einelternfamilien erstmals seit 2004 deutlich verbessert. Zwei Drittel der Alleinerziehenden werden davon profitieren. Bundesfamilienministerin **Manuela Schwesig**, die mit **Finanzminister Schäuble** lange um die Finanzierung der Familienleistungen verhandelt hatte, zeigte sich angesichts der zahlreichen Verbesserungen zufrieden: „Heute ist ein guter Tag für Familien, denn wir bringen für sie ein milliardenschweres Entlastungspaket auf den Weg“, sagte sie im Plenum.

Mit dem neuen Gesetz gehen die Koalitionsfraktionen auch direkt den Abbau der so genannten Kalten Progression an. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland werden ab 2016 um mehr als 1,4 Milliarden Euro. Das wird nicht nur durch die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags (für die untersten Einkommensgruppen) erreicht, sondern auch, indem man für die Jahre 2014 und 2015 die Tarifeckwerte im Einkommenssteuerlauf um knapp 1,5 Prozent nach rechts verschiebt. Damit setzt die Steuerprogression später ein.



Bund und Land übernehmen Verantwortung in der Flüchtlingspolitik

Unterstützung der Willkommenskultur vor Ort

Weltweit sind die Flüchtlingszahlen seit Beginn des Jahres weiter drastisch gestiegen. Die Zahl der bundesweiten Asylanträge soll sich bis Jahresende auf 400.000 verdoppeln. NRW muss sich auf mehr als 80.000 neue Flüchtlinge einstellen. „Es tut gut zu sehen, mit wie viel Hilfsbereitschaft Flüchtlingen in Köln begegnet wird“, stellt der SPD-Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** fest. „Die Versorgung von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir wollen die Willkommenskultur, die auch in Köln vorherrscht, nicht dadurch gefährden, dass freiwillige kommunale Leistungen bei Bildung, Freizeit und Kultur gestrichen werden. Daher kommen die neuen Soforthilfen des Bundes genau zur richtigen Zeit“, ergänzt **Martin Dörmann**.

„Es ist das richtige Signal, dass Bund und Landesregierung jetzt mit neuen Zuschüssen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen reagieren. Die neue Soforthilfe des Bundes leitet das Land in diesem Jahr in vollem Umfang an die Kommunen in NRW weiter. Von den zusätzlichen 108 Millionen Euro erhält Köln einen Anteil von 5.895.299 Euro“, erklärt OB-Kandidat Jochen Ott. „Köln bekommt durch die Erhöhung insgesamt einen Zuschuss von 20.583.110 Euro.“

Das Land stellt für 2015 insgesamt fast 626,7 Millionen Euro für Flüchtlinge zur Verfügung. Darin enthalten sind rund 377 Millionen Euro über das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG). Dieses wurde seit 2014 mehrfach aufgestockt und jetzt nochmals um die 108 Millionen Euro Soforthilfe des Bundes. Das Geld steht zum Beispiel für die weitere Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in den Kommunen zur Verfügung. Jochen Ott weiter: „Das Land

NRW wird damit in besonderer Weise seiner Verantwortung, die Verabredungen der beiden Flüchtlingsgipfel zu erfüllen und die vielfachen Anstrengungen der Städte und Gemeinden zu unterstützen, gerecht. Obwohl das Land in den nächsten Jahren 54 Millionen Euro davon wieder an den Bund zurückzahlen muss, werden die kompletten 108 Millionen Euro Bundeshilfe an die Kommunen ausgezahlt. Die Hälfte gewährt der Bund nur als eine Art Darlehen.“

Der Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete **Karl Lauterbach**: „Wir sind bei der Unterstützung der Länder und der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ein gutes Stück vorangekommen: Beim Spitzentreffen im Kanzleramt hat der Bund zugesagt, die Soforthilfe für 2015 von 500 Millionen auf 1 Milliarde Euro zu verdoppeln. Das ist gut und richtig, da die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Unterbringung und Betreuung eine nationale Aufgabe ist. Außerdem haben wir mit unseren Initiativen durchgesetzt, dass Asylverfahren verkürzt und die Integration in Ausbildung und Arbeit erleichtert werden.“ Über die Soforthilfen hinaus spricht sich die SPD für eine strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme aus. „Die NRW-Landesgruppe fordert seit Monaten einen Vorschlag zur dauerhaften vollständigen Übernahme der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Dies hat der Bund jetzt zugesagt. Für unsere Kommunen ist das eine sehr gute Nachricht. Wir sorgen dafür, dass die große Aufnahmebereitschaft, wie sie auch in Köln besteht, nicht durch finanzielle Engpässe gefährdet wird“, stellt der Abgeordnete **Rolf Mützenich** klar.

Opfer von Menschenhandel besser unterstützen

Ein Gesetzentwurf, über den das Parlament am 2. Juli in 2./3. Lesung abschließend beraten hat, sieht für gut integrierte, langjährig Geduldete eine alters- und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung vor (Drucksachen 18/4097, 18/4199).

Beabsichtigt ist, dass künftig nach acht Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis – für Familien mit Kindern bereits nach sechs Jahren – erteilt wird. Voraussetzung ist insbesondere, dass der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist. Ergänzend schafft der Bundestag eine noch günstigere Regelung für Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr. Hier reicht ein vierjähriger Voraufenthalt.

Junge Asylsuchende und Geduldete, die eine Ausbildung absolvieren sowie ausbildende Betriebe sollen mehr Rechtssicherheit erhalten. Die SPD-Fraktion hat in den parlamentarischen Beratungen eine gesetzliche Klarstellung durchgesetzt: Die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung für Jugendliche und Heranwachsende kann ausdrücklich als Duldungsgrund gelten.

Arbeitgeber wissen demnach, dass ihr Auszubildender nicht abgeschoben wird, wenn sie einem Geduldeten oder einem Asylbewerber mit offenem Verfahrensausgang einen Ausbildungsvertrag geben. Der junge Asylbewerber oder Geduldete weiß, dass er die Ausbildung sicher beenden kann. Und für die Zeit danach gilt schon jetzt: Wer eine Ausbildung beendet, kann eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Auch für die so genannten Resettlement-Flüchtlinge – also aus dem Ausland zur dauerhaften Neuansiedlung aufgenommene Flüchtlinge – soll eine eigenständige Rechtsgrundlage geschaffen werden.

Der Entwurf enthält Verbesserungen für Opfer von Menschenhandel: Die Aufenthaltserlaubnis soll künftig erteilt werden. Zuvor war das nur eine Kann-Regelung, die im reinen Ermessen der Behörde stand. Statt auf sechs Monate soll sie künftig auf ein bis zwei Jahre befristet werden. Familiennachzug ist möglich. Es besteht ein erhöhter Ausweisungsschutz. Bei Verlängerung des Aufenthaltstitels nach einem Strafverfahren besteht Anspruch auf einen Integrationskurs. Das alles verbessert die Situation der Opfer in erheblichem Umfang.

Ferner wird das Ausweisungsrecht grundlegend neu geordnet. An die Stelle des bisherigen dreistufigen Ausweisungsrechts tritt die Ausweisung als Ergebnis einer Abwägung von Bleibe- und Ausweisungsinteressen, und zwar unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles. Außerdem sollen bestehende Ausreisepflichten von Personen, denen unter keinem Gesichtspunkt – auch nicht humanitär – ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zusteht, konsequent durchsetzbar sein.

Rüdiger Veit, stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt zu dem neuen Gesetz: „Endlich schaffen wir ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig Geduldete – ein Ziel, das wir seit Beginn der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz vor über einem Jahrzehnt kontinuierlich verfolgt haben. Außerdem stellen wir klar, dass eine Berufsausbildung für Jugendliche und Heranwachsende ein Duldungsgrund sein kann. Wir schaffen Rechtssicherheit für junge Asylbewerber und Geduldete ebenso wie für ihre Arbeitgeber: Beide wissen, dass die Ausbildung sicher beendet werden kann.“



Köln will Vielfalt!

Super Stimmung bei der Kölner CSD-Parade mit starker SPD-Fußgruppe. Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Heumarkt verwies Bundesministerin **Barbara Hendricks** auf bereits erzielte Erfolge. Sie forderte, mit der Ehe für alle auch den letzten Schritt zur völligen Gleichstellung zu gehen. Vor ihrem Ministerium habe sie in dieser Woche die Regenbogenflagge gehisst: „Es wird Zeit, dass die endlich auch vor dem Kanzleramt hängt!“

Publikation der SPD-Bundestagsfraktion

Seit anderthalb Jahren prägt die SPD-Bundestagsfraktion die Politik in unserem Land. Mit Erfolg: Deutschland geht es gut. Seit dem vergangenen Jahr ist unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs zurückgekehrt. Mit fast 43 Millionen Erwerbstätigen haben wir einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht. Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Viele Verbesserungen, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lange gekämpft haben, werden im Alltag der Menschen spürbar: Mindestlohn. Frauenquote. ElterngeldPlus. Mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen in der Pflege. Mietpreisbremse. Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Gleichzeitig: Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Städtebau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort.

Ohne die SPD-Bundestagsfraktion wären diese Fortschritte nicht denkbar gewesen. Das Leben der Menschen konkret verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs halten und Deutschland voranbringen. Daran arbeiten wir weiter. Gesagt, getan, gerecht!

Dabei wissen wir: Erfolg kommt nicht von allein. Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel stellen uns vor neue Herausforderungen, die politisch gestaltet werden müssen. Deshalb haben wir die Initiative „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ gestartet. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir weiter denken. Wir wollen Weichen stellen, damit Deutschland auch in Zukunft ein offenes und sicheres, ein wohlhabendes und gerechtes Land bleibt.



Die vollständige Bilanz zum Herunterladen unter: www.spd-bundestagsfraktion.de



Kölner OB in Berlin: Die SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik diskutierte in der letzten Sitzungswoche mit Jürgen Roters und anderen kommunalen Vertretern über die aktuell angespannte Situation in den Kommunen im Hinblick auf deutlich gestiegene Flüchtlingszahlen. Die SPD-Bundestagsfraktion steht an der Seite der Städte und Gemeinden und hat eine Verdopplung der finanziellen Soforthilfe des Bundes durchgesetzt.



Einmal Abgeordneter sein: im Juni war Nils Beuthert zu Gast in Berlin. Er nahm an dem mehrtägigen Bundestagsprogramm „Jugend und Parlament“ teil. Der Kölner Jusos aus Wahnheide durfte bei der Parlamentssimulation als stellv. Ausschussvorsitzender eine Debatte zum Thema „Chancengleiche Bewerbung“ moderieren. Und das hat er ganz prima gemacht!



Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Reformen und Solidarität für nachhaltige Lösungen in Griechenland

Werden die griechische Regierung und Europa ihrer Verantwortung gerecht?

Liebe Leserinnen und Leser,

die Mehrheit der Griechen hat sich in einem überraschend angesetzten **Referendum** gegen ein europäisches **Verhandlungspaket** ausgesprochen, das für sie neben **Finanzhilfen** auch **Spar- und Reformauflagen** vorsah. Damit sollten eigentlich die **Zahlungsfähigkeit** gesichert, eine positive **wirtschaftliche Entwicklung** ermöglicht und das **Verlustrisiko** für die Geberländer begrenzt werden.

Ministerpräsident Tsipras ist es durch Chuzpe, Charisma und nationales Pathos gelungen, im Land überwiegend eine **Stimmung** zu erzeugen oder aufzugreifen, nach der die Ursache für das vorläufige Scheitern der Verhandlungen und die Not der Menschen an den europäischen Institutionen festzumachen sei. Tatsächlich haben die Griechen vorzeitig den Verhandlungstisch verlassen, obwohl sie die schwerwiegenden Folgen kannten. Das bisherige **Hilfsprogramm** ist dadurch ausgefallen, die Zahlungsfähigkeit des Staates und der Banken in Frage gestellt. Gleichzeitig sind nun neue europäische Finanzhilfen politisch und rechtlich deutlich schwerer umsetzbar.

Griechenlands politische Strategie zielt darauf ab, durch moralischen Druck den 18 anderen Euro-Staaten die eigene Philosophie aufzuzwingen, um Milliardenhilfen und Schuldenerlass im Wesentlichen ohne Sparauflagen und durchgreifende Strukturreformen zu erhalten. Darauf können sich diese jedoch nicht einlassen. Ein solcher Weg würde die Probleme des Landes nicht lösen und die Glaubwürdigkeit der Regeln der Währungsunion zusätzlich unterminieren. Sie ist gerade nicht als Transferunion konzipiert. Das zu ignorieren wäre letztlich der **Sprengsatz für die Eurozone**.

Solidarität kann derjenige einfordern, der sich auch selbst solidarisch verhält und zu **Eigenverantwortung** bereit ist. Die bislang fehlende Kompromissfähigkeit und konfrontative Kommunikation der griechischen Regierung hat die Zweifel der anderen Euroländer dramatisch vergrößert, dass Griechenland diesen Grundsatz unterstützt und einen erfolgreichen finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs einschlagen wird, der das Land nicht zum Fass ohne Boden macht.

Tsipras ideologiegetriebener Kurs hat seinen Verhandlungsspielraum nicht vergrößert, sondern weitere europäischen Hilfen und eine positive wirtschaftliche Entwicklung deutlich erschwert und die **sozialen Folgen**

verschärft. Wie können die anderen Partner ihrer Wählerschaft erklären, dass man seit Jahren Unterstützungsprogramme für Griechenland mitfinanziert, aber dann, wenn zugesagte Strukturreformen und Haushaltsdisziplin angemahnt werden, einzelne Verhandlungspartner vom griechischen Finanzminister sogar als „Terroristen“ angegriffen werden? Wie sollen das insbesondere Regierungen vertreten, deren Bevölkerung immer noch über ein geringeres Einkommen als die Griechen verfügt oder die ihrerseits in Krisen (durchaus mit Erfolg) schwere Reformen umgesetzt haben?

Die **Verunsicherung des griechischen Volkes** ist verständlich. Es hat in den letzten Jahren viel erlitten, musste nach dem Platzen der Schuldenblase zum Teil dramatische Einkommensverluste hinnehmen. Und niemanden in Europa darf kalt lassen, dass es gerade die Schwächsten sind, die unter der Lage besonders leiden. Ihnen zu helfen gebietet die **europäische Solidarität**. Immer deutlicher wird aber auch: **für notwendige Reformen** gibt es in Griechenland offenbar weiterhin **zu wenig politischen Willen und Unterstützung**. Das ist fatal, weil der Teufelskreis so nicht durchbrochen werden kann.

Der neue Finanzminister Tsakalotos fordert eine **nachhaltige Lösung** für sein Land. Die ist in der Tat überfällig. Es ist aber zu hoffen, dass er und die Mehrheit der Griechen nicht nur vor allem Geldzahlungen von anderen erwarten. Denn die entscheidende Frage ist: was tut die griechische Regierung dafür, die offensichtlichen Strukturprobleme anzugehen? Und wie wird sie darin vom Volk unterstützt? Wie wird die **Klientelgesellschaft** überwunden, wie ein **effizienter Staat** organisiert, ein **gerechtes Steuersystem**, eine **funktionierende Verwaltung**? Wie wird **Vertrauen** aufgebaut, damit **Unternehmen investieren** und die europäischen Partner auch weiterhin **solidarisch unterstützen**?

Die **Chance der Krise** ist, dass der Druck wächst, Fehler zu erkennen und abzustellen. Die nächsten Tage bis zum EU-Gipfel am 12. Juli werden zeigen, ob es in der Eurozone einen **glaubwürdigen Neustart** mit nachhaltigen Lösungen gibt. Nur mit **konsequenten Strukturreformen**, die Investitionen, Wachstum sowie Vertrauen schaffen und soziale Härten vermeiden, wird es für Griechenland eine gute Perspektive geben.

Herzlichst

Ihr



Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48

martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44

martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77

Fax: 0221 / 169 195 79

koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2015

Sitzungswochen sind die 3., 5., 6., 9., 10. 12., 13., 17., 18., 19., 21., 24., 25., 27., 37., 39., 40., 42., 45., 46., 48., 49., und 51. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz,
Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Jochen Ott: S. 1, 2, 4 o.l.;
Photodune: S. 3 o.;
Martin Schulz: S. 3 u.;
Bahnhof Belvedere: S. 8 l.;
Pixelio/FotoHiero: S. 12 o.;
Phoenix: S. 12 u.;
Deutsche Welle: S. 13 (außer u.);
Stiftung Berliner Schloss –
Humboldtforum / Architekt: Franco
Stella: S. 15; Heiko Maas: S. 18;
SPD-Bundestagsfraktion: S. 22 o.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
(SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

[www.facebook.com/
martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

